

Wiederaufstieg oder endgültiger Abstieg? Die FDP zur Halbzeit der Auszeit

Frank Decker/Volker Best

Zusammenfassung

Bei der Bundestagswahl 2017 dürfte es für die Freie Demokratische Partei (FDP) ums Ganze gehen. Sollte der Wiedereinzug in das Parlament misslingen, ist ihr endgültiger Abstieg in die Liga der „sonstigen Parteien“ wahrscheinlich. Ob sich die Partei nach ihrer auf den fulminanten Erfolg bei der Bundestagswahl 2009 folgenden tiefen Krise als relevante Kraft im deutschen Parteiensystemen neu etablieren kann, wird im Kontext der Parteigeschichte der FDP analysiert.

1. Einleitung

Das Scheitern der Freien Demokraten an der Fünfprozenthürde bei der Bundestagswahl 2013 überraschte die Beobachter trotz der tiefen Krise, in die die Partei kurz nach ihrem Rekordergebnis von 2009 geraten war. Seit Gründung der Bundesrepublik hatte die FDP gewissermaßen zum „Inventar“ des Parteiensystems gehört – in gleichem Maße wie die Volksparteien CDU/CSU und SPD, die sie nach Regierungsjahren beide übertraf, und mehr als Grüne und PDS bzw. Die Linke, die, obwohl erst weit später hinzugekommen, beide Episoden prekärer parlamentarischer Repräsentanz zu durchleben hatten. Zwar war der FDP schon oft das Totenglöckchen geläutet worden, dies hatte sich aber immer als Fehllalarm entpuppt.

Seit nunmehr über zwei Jahren befindet sich die FDP in der außerparlamentarischen Opposition. Wie kam es dahin? Und kann die FDP sich in den Bundestag zu-



Prof. Dr. Frank Decker

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn,
Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie



Dr. Volker Best

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn,
Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie

rückkämpfen? Ein abermaliges Scheitern 2017 würde sie wohl unwiederbringlich in einen Abwärtsstrudel führen, ähnlich wie das zweimalige Verfehlen der Fünfprozentmarke 2013 für die Piraten den wohl irreversiblen Abstieg in die Bedeutungslosigkeit markierte. Verschärft wird die Situation für die Liberalen dadurch, dass sie mit dem Auftreten der „Alternative für Deutschland“ (AfD) ihr bisheriges Alleinstellungsmerkmal als einzige bürgerliche Kraft neben der Union einbüßen. Auch wenn sich auf der elektoralen Ebene der Trend von 2009 fortgesetzt hat, indem sich die Achse der Parteiensystems noch einmal nach rechts verschob (Decker 2015), erscheint fraglich, ob im Mitte-Rechts-Lager neben der Union für zwei weitere Parteien Platz ist. Der Beitrag versucht sich einer Antwort auf diese Frage zu nähern. Hierfür lassen wir zunächst die Geschichte der FDP bis 2009 Revue passieren (2.), um anschließend die nachfolgende tiefe Krise der Partei zu analysieren (3.). Auf dieser Basis wird, unter besonderer Berücksichtigung der Konkurrenz durch die AfD, das Potenzial der FDP im Zeithorizont 2017 abgeschätzt (4.).

2. Die Geschichte der FDP bis 2009

Nach dem Zweiten Weltkrieg standen die Zeichen im liberalen Lager auf Überwindung bisheriger Trennlinien. Das Zusammenwachsen gestaltete sich zunächst schwierig: Während die linksliberalen Landesverbände in Baden, Württemberg, Hamburg und Bremen auf dem noch vorhandenen kommunalen Fundament des alten Freisinns gründeten, umwarben die nationalliberalen Kräfte in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen die infolge der alliierten Lizenzierungspolitik politisch verwaisten Anhänger des Dritten Reichs (Hein 1985). Hier drohte die FDP zeitweise von nationalsozialistischen Kreisen unterwandert zu werden. Ein liberales Grundsatzprogramm ließ angesichts der offen ausgetragenen Richtungskämpfe bis 1957 auf sich warten, und auch dieses stellte „eher eine Aneinanderreihung bürgerlich-interessenbezogener Forderungen“ dar (Mollitor 1985: 83). Die Politik der FDP wurde daher in hohem Maße von ihren Ministern und Fraktionen geprägt, weswegen man sie als „Honoratiorenpartei besonderen Typs“ (Lösche / Walter 1996: 127) bezeichnet hat.

Wie ihre Mitbewerber im rechten politischen Spektrum positionierte sich die FDP dezidiert antisozialistisch. Dass sie im Unterschied zur Deutschen Partei und zum Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten dem Schicksal entging, von CDU und CSU absorbiert zu werden, verdankte sie vor allem ihrer laizistischen Orientierung. Als kirchenferner Gegenpol zur Union konnte die FDP auf eine distinkte, allerdings soziodemographisch im Rückgang begriffene protestantisch-mittelständische Wählerschaft abzielen. Dennoch lief sie als nationalliberale Lagerpartei Gefahr, zum Satelliten der Union abzugleiten, während gleichzeitig das ständige Damoklesschwert einer Wahlrechtsänderung über ihr schwebte.

Die Wahl des von Adenauer als Justizminister 1953 nicht wiederberufenen Thomas Dehler zum Partei- und Fraktionsvorsitzenden bedeutete vor diesem Hintergrund eine Kampfansage. Dehlers „Fundamentalopposition in der Koalition“ (Nickel 2005: 121) gegen die Westintegration stieß unter Funktionären, Mitgliedern und Wählern auf erhebliche Vorbehalte. Nach dem „Jungtürken-Aufstand“ des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, der die dortige Koalition mit der CDU 1956 mutwillig plätzen gelassen hatte und an die Seite der SPD gewechselt war, traten ein Drittel der FDP-Abgeordneten und alle vier Minister aus der Bundestagsfraktion aus. Auch die Wähler goutierten die neue Eigenständigkeit nicht, sondern liefen der Partei scharen-

weise davon. Die FDP näherte sich deshalb aus der Opposition heraus der Union wieder an, mit der sie 1961 aber nur ohne Adenauer koalieren wollte. Weil sie dessen Rückzug trotz ihres guten Wahlergebnisses nicht durchsetzen konnte, haftet ihr bis heute das Image einer „Umfallerpartei“ an.

Der Zerfall der Erhard-Regierung und die Bildung der Großen Koalition erleichterten es der FDP, sich ab 1966 in der Opposition als Reformpartei zu erneuern. In der Außen- und Deutschlandpolitik trat nun sie ähnlich wie die SPD für eine Öffnung gegenüber dem Osten auf der Basis des Status quo ein, in der Innenpolitik entdeckte sie die Bildung als neues Schlüsselthema. Elektoral und organisatorisch schlug sich der Erneuerungsprozess in einem erheblichen Austausch der Mitglieder- und Wählerschaft nieder, der geschätzt zwischen 60 und 70 Prozent betrug (Baring 1984: 99).

Der in den Freiburger Thesen von 1971 ausformulierte Sozialliberalismus wurde in der FDP gleichwohl nie zur Mehrheitsströmung. Seine wichtigsten Funktionen lagen – im Rückblick – in der endgültigen Überwindung des Nationalliberalismus und Legitimierung der 1969 geschlossenen sozialliberalen Koalition (Decker 2011: 61). Durch die Abwanderung vieler FDP-Wähler zur CDU konnte diese die letzten liberalen Hochburgen in Nordhessen und Württemberg schleifen. Wegen der neuen Ostpolitik büßte die FDP bis 1972 zudem rund ein Fünftel ihrer Bundestagsabgeordneten ein. Trotzdem erfuhr sie bis 1976 eine Art Renaissance, indem sie sich als Bremser „sozialistischer Experimente“ profilierte. Die Korrektivfunktion, die sie gegenüber der Union in den fünfziger und sechziger Jahren mal übertrieben und mal zu zahm ausgespielt hatte, warf nun Früchte ab. Die FDP vermochte die Stimmverluste des Seniorpartners auszugleichen. Zunehmend auf der Strecke blieben unterdessen die Inhalte. „Was als besitzbürgerliches Korrektiv gegen die Sozialdemokraten in der Koalition nicht taugte, wurde über Bord geworfen: die Bildungspolitik etwa, mit der man sich in den sechziger Jahren noch als Avantgardistin unter den deutschen Parteien auszuzeichnen versucht hatte; die plebiszitären Forderungen, die im Wahlkampfprogramm von 1960 prominent vertreten waren; die bürgerrechtlichen Postulate, die ab 1967 das Bild der FDP zu verändern halfen“ (Walter 2010: 29). Auch die Vorreiterrolle der FDP in der Umweltpolitik blieb Episode. Nicht nur, dass ihnen das Thema später insbesondere von den Grünen entwunden wurde. Indem sie den Umweltschutz primär als wirtschaftlichen Hemmschuh und Wachstumshindernis betrachteten, kultivierten die Liberalen zum Teil sogar lustvoll den Eindruck einer dezidiert anti-ökologischen Partei.

Aus dem Gegenüber von Nationalliberalismus und Sozialliberalismus wurde in der FDP ab Mitte der siebziger Jahre das Nebeneinander von Wirtschafts- und Bürgerrechtsliberalismus. Der programmatische Streit entzündete sich hauptsächlich daran, was Priorität haben sollte. Bestand zu Zeiten der sozialliberalen Koalition zwischen Wirtschafts- und Bürgerrechtsliberalen ein annäherndes Patt, sahen sich die letzteren nach der Bonner Wende ab 1982 zunehmend an den Rand gedrängt bzw. drängten selbst aus der Partei. Der FDP ging dadurch nicht nur rund ein Viertel der Mitgliedschaft, sondern auch ein Großteil ihrer Führungsreserve verloren (Walter 2010: 33).

Der abermalige Partnerwechsel entsprang der Sorge der FDP, in den Sog der Krise der SPD mit hineingezogen zu werden. Weil sofortige Neuwahlen nicht in ihrem Interesse lagen, war die Durchsetzungsmacht der Liberalen in der neuen Koalition zunächst begrenzt (Dittberner 2010: 54). Immerhin verbürgte sie die Kontinuität in der Außenpolitik. Weil die neu etablierten Grünen koalitionspolitisch einseitig auf die SPD orientiert waren, band sich die FDP nun im Gegenzug genauso fest an die Union. Damit verlor sie ihre bisherige Rolle eines „Scharniers“ und „Königsmachers“. Als Korrektiv fungierte die FDP vor allem in der Rechtspolitik, wo sie sich auf dem Gebiet der In-

neren Sicherheit allerdings in den Geruch einer reinen „Dagegen-Partei“ begab, während ihr die Grünen den Rang als Bürgerrechtspartei streitig machten. Dass die Parteiführung 1995 den „großen Lauschangriff“ per Mitgliederentscheid gegen den Willen der eigenen Justizministerin durchsetzte, beschädigte das seit der Spiegel-Affäre sorgsam gehütete Bild der FDP als „Wachhund“ rechtsstaatlicher Prinzipien nachhaltig (Vorländer 1999: 105).

Die deutsche Vereinigung bescherte den Liberalen durch die Vereinigung mit den mitgliederstarken Blockparteien LDPD und NDPD und den Ost-Bonus des gebürtigen Hallensers Hans-Dietrich Genscher ein kurzzeitiges Zwischenhoch. Ab 1993 geriet die Partei aber insbesondere in den neuen Ländern, wo sich ihr selbst gepflegtes Image als „Partei der Besserverdienenden“ nun vehement gegen sie kehrte, tief in die Krise. Im Bundestagswahlkampf 1994 machte die FDP keinen Hehl daraus, dass sie ihre Funktion vor allem darin sah, der Union und Kanzler Kohl zum Weiterregieren zu verhelfen. Die „Selbstverzweigung“ resultierte in einer Serie von Wahlniederlagen. Bei den Europawahlen 1994 und 1999 und bei 23 der zwischen 1993 und 1999 stattfindenden 28 Landtagswahlen scheiterte sie an der Fünfprozenthürde.

1995 löste Wolfgang Gerhardt den glücklosen Klaus Kinkel an der Parteispitze ab. Zusammen mit seinem alerten Generalsekretär Guido Westerwelle verpflichtete er die FDP auf einen eigenständigeren Kurs. Die Rückkehr in die Opposition 1998 kam ihr dabei ebenso zugute wie der Ende 1999 über die CDU hineinbrechende Parteispendenskandal. Mit Forderungen nach Deregulierung und Steuersenkungen, die auf der Linie des „neoliberalen“ Zeitgeistes lagen, versuchte sich die FDP als „einzige nicht sozialdemokratische Partei“ des Landes zu profilieren. Beflügelt wurde die neue Linie durch den früheren Bundesminister und NRW-Landesvorsitzenden Jürgen W. Möllemann. Sein erfolgreicher populistischer Medienwahlkampf bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2000 wurde zur Blaupause eines Strategiewechsels („Projekt 18“), mit dem die FDP in neue Wählerschichten vordringen und zu einer „Partei für das ganze Volk“ werden wollte. Westerwelle, der Gerhardt 2001 vom Parteivorsitz verdrängte, ließ sich 2002 bereitwillig als eigener FDP-Kanzlerkandidat in das Projekt einspannen. Koalitionspolitisch setzten die Liberalen auf „Äquidistanz“ zu den beiden Volksparteien statt auf eine feste Koalitionsaussage.

Der auf Jugendlichkeit getrimmte Spaßwahlkampf (mit dem legendären „Guidomobil“) brachte der FDP 2002 zwar einen leichten Stimmenzuwachs ein, der aber weit unter den hoch gesteckten Erwartungen blieb. Zum Teil lag dies daran, dass die Liberalen, anders als ihre erfolgreichen Schwesterparteien in den skandinavischen und Benelux-Staaten, die gesellschaftspolitisch eher konservative Positionen einnahmen und so die Sicherheitsbedürfnisse und Modernisierungsängste der Bevölkerung reflektierten, am überkommenen Bürgerrechtsliberalismus festhielten. Weil sie zudem das Zuwanderungsproblem nicht thematisierten, blieb der Populismus des „Projekts 18“ ein „ideologisch halbiertes“, beschränkte sich ganz auf den Wirtschaftsliberalismus und eine Popularisierung der Wähleransprache. Selbst für letzteres ließen sich die Liberalen, die an der Basis zum Teil immer noch Züge einer Honoratiorenpartei tragen, nur begrenzt erwärmen. Das „Projekt 18“ wurde ruhmlos beerdigt und sein Scheitern ganz auf Möllemann abgeladen. Dabei kam es der Parteispitze gelegen, dass sich dieser durch seine mit antisemitischen Untertönen versetzte Israel-Kritik, die in einer illegal finanzierten Flugblattaktion kurz vor der Bundestagswahl 2002 kulminierte, innerparteilich selbst ins Abseits manövriert hatte. An der neuen populistischen Grundphilosophie der Liberalen änderte der Fehlschlag allerdings nichts. Die FDP wollte sich nun nicht mehr in erster Linie als elitärer Verein der Wohlhabenden und Gesetz-

ten verstehen. Sie artikulierte auch den Protest der „kleinen Leute“, die sich von Steuerbelastung, bürokratischen Vorschriften und politischen Korrektheitsgeboten gegängelt fühlten. Ein Blick auf die Sozialstruktur ihrer Wähler bei ihrem Rekordergebnis 2009 zeigt, dass sie damit durchaus richtig lag.

Koalitionspolitisch kehrte die FDP nach 2002 an die Seite der Union zurück, die sich mit dem Leipziger Parteitag 2003 ebenfalls einem marktliberalen Reformkurs verschrieben hatte. Ihre kräftigen Zugewinne 2005 verdankte sie nicht zuletzt der hohen Zahl von taktisch motivierten Koalitionswählern. Elektoral erwies es sich für die Liberalen als Glücksfall, dass sie die erhoffte Regierungsmehrheit mit der Union verpassten. Weil diese in der Großen Koalition von ihren Leipziger Reformzielen abrückte, konnte sich die FDP in der Opposition als alleiniger Garant marktwirtschaftlicher Positionen darstellen und ihren neoliberalen Populismus auf die Spitze treiben. Dafür wurde sie bei der Bundestagswahl 2009 mit fulminanten 14,6 Prozent belohnt.

3. Die Krise der Liberalen seit 2009

Dieser Triumph ausgerechnet in einer Phase, in der die von deregulierten Banken in die Krise gestürzte Realwirtschaft die Intervention eines starken Staates notwendig machte, mutet paradox an. Dennoch fanden die vollmundigen „Mehr Netto vom Brutto“-Versprechen der FDP großen Wählerzuspruch. Dass sie nicht einzuhalten sein würden, hätten die Liberalen freilich spätestens nach der 2008 ausgebrochenen Finanzkrise wissen müssen. Ihr Absturz war damit vorprogrammiert.

Am Anfang standen die ungünstig verlaufenen Koalitionsverhandlungen, wo sich die FDP in den für sie zentralen Politikfeldern (Gesundheit und Steuern) nur dem Anschein nach weitgehend durchsetzen konnte. Weil sie dem von der Union verlangten allgemeinen Finanzierungsvorbehalt zustimmte und sich auch deren Ansinnen fügte, einschneidende Reformen erst nach der nordrhein-westfälischen Landtagswahl in Angriff zu nehmen, musste sie ihre weitreichenden Steuersenkungspläne aufgeben. Von den im Wachstumsbeschleunigungsgesetz bereits beschlossenen Entlastungen von 8,5 Milliarden Euro blieb nur die Mehrwertsteuersenkung für das Hotelgewerbe im öffentlichen Gedächtnis, die – obwohl sie primär auf die CSU zurückging – das Klischeebild der FDP als „Klientelpartei“ zu bestätigen schien.

Dass die Liberalen mit ihren Forderungen ins Leere liefen, hatte auch damit zu tun, dass die beiden Vorgängerregierungen – vom Arbeitsmarkt bis zur Rente – die wichtigsten Reformen bereits durchgesetzt hatten. Insofern war Schwarz-Gelb eine „historisch verspätete Koalition“ (Nieder Mayer 2015: 108). Das konnte auch Westerwelles Fabulieren von einer „geistig-politischen Wende“ nicht verdecken. Der Gedanke, die Koalition könne von einem gemeinsamen politischen Projekt beseelt sein, verging dem Betrachter schon angesichts des rüden verbalen Umgangstons zwischen den Partnern. Die einzige bedeutsame Kursänderung, bei der Einvernehmen herrschte, war die Rückgängigmachung des von der rot-grünen Regierung beschlossenen Atomausstiegs. Sie wurde nach dem Reaktorunfall im japanischen Fukushima im März 2011 Makulatur. Der von Kanzlerin Merkel abrupt eingeleiteten 180 Grad-Wende in der Energiepolitik konnte und wollte die FDP – trotz ihrer zum Teil berechtigten Bedenken – keinen Widerstand entgegensetzen.

Schlecht beraten war die FDP auch bei der Ämtervergabe. Dass der geborene Innenpolitiker Westerwelle sich für das prestigeträchtige Auswärtige Amt entschied, statt Fraktionsvorsitzender zu bleiben oder das Finanzressort zu übernehmen, sollte

sich als Fehler erweisen. Einen Amtsbonus wie früher Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher konnte er nie entwickeln. Überzeugender war die Besetzung des Wirtschaftsressorts mit dem Fachpolitiker Rainer Brüderle. Das von Philipp Rösler übernommene Gesundheitsministerium entpuppte sich dagegen durch die engen Festlegungen des Koalitionsvertrages ebenso als „vergiftetes Geschenk“ wie das Entwicklungshilferessort, dessen Abschaffung im Wahlkampf ausgerechnet der neue Amtsinhaber – Generalsekretär Dirk Niebel – am lautesten gefordert hatte (Vorländer 2013: 395 ff.).

Personelle Kontinuität bewies die FDP mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, deren Rückkehr ins Justizministerium nach 14 Jahren freilich auch eine gewisse Angestaubtheit ihrer bürgerrechtlichen Positionen symbolisierte. Wie wenig die Liberalen hier dem Zeitgeist entsprachen, machten die überraschenden Wahlerfolge der Piraten deutlich. Obwohl die FDP das Internet früher als Wahlkampfinstrument erkannt hatte als die anderen Parteien, beschäftigte sie sich kaum mit dessen gesellschaftspolitischen Implikationen, die ein Freiheitsthema ersten Ranges darstellen.

Von den Wählern wurde alleine die FDP für das Erscheinungsbild der Koalition verantwortlich gemacht. In 7 der 14 Landtagswahlen während der Legislaturperiode blieb sie unter fünf Prozent. Von der „Boygroup“ aus Christian Lindner, Daniel Bahr und Philipp Rösler unter Druck gesetzt, gab Westerwelle den Parteivorsitz im Mai 2011 an Rösler ab. Westerwelle blieb Außenminister, während Rösler das Wirtschaftsministerium von Brüderle übernahm, der wiederum Fraktionsvorsitzender wurde. Bahr folgte Rösler als Gesundheitsminister nach. Der erhoffte Aufbruch ging von der Rochade nicht aus. Röslers großsprecherische Ankündigung, die FDP werde nun endlich „liefern“, machte die Partei zusehends zum Gespött. Im Dezember 2011 trat Lindner als Generalsekretär zurück. Das Dreikönigstreffen im Januar 2012 wurde von der Aufkündigung der saarländischen Jamaika-Koalition durch die CDU wegen der Querelen im dortigen FDP-Landesverband überschattet. Und ihren Erfolg bei der Bundespräsidentenwahl im Mai 2012, als die FDP Joachim Gauck als Kandidaten gegen den Willen ihres Koalitionspartners durchsetzte, verspielte Rösler, indem er sich mit dem Coup allzu selbstgefällig brüstete.

Die missliche Lage wurde durch die Uneinigkeit beim Thema Eurorettung verschärft. Den ersten Finanzhilfen für Griechenland hatte sich einzig der Abgeordnete Frank Schäffler verweigert. Deswegen zum Rücktritt als finanzpolitischer Sprecher und Obmann im Finanzausschuss gedrängt, gründete Schäffler mit drei Kollegen den von über 1000 Parteimitgliedern unterstützten „Liberalen Aufbruch“. Die Kritiker stürten sich auch an FDP-Positionen in anderen Fragen – von der Vertiefung und Erweiterung der EU über das Antidiskriminierungsgesetz bis hin zur Energiewende und Gesundheitspolitik (Treibel 2014: 117 f.). Nach der Zustimmung der anderen FDP-Bundestagsabgeordneten zum ESM-Rettungsschirm im März 2011 brachte Schäffler zusammen mit dem ehemaligen NRW-Innenminister Burkhard Hirsch auf dem Bundesparteitag einen Alternativantrag ein, den immerhin ein Drittel der Delegierten unterstützten. Das daraufhin angestrebte Mitgliederbegehren erreichte binnen eines Monats die erforderlichen Unterschriften von fünf Prozent der Parteimitglieder. Der Gegenantrag des Bundesvorstands setzte sich im Entscheid bei einer (für die Erreichung des Quorums unzureichenden) Beteiligung von 31,6 Prozent knapp durch (54,4 gegen 44,2 Prozent). Als überzeugendes Bekenntnis der FDP zur europäischen Solidargemeinschaft konnte dies schwerlich interpretiert werden: „Entscheidend für den Ausgang waren die größeren administrativen Ressourcen und informellen Machtmittel der Parteispitze“ (Treibel 2014: 228). Zudem hatte Rösler kurz zuvor selbst einer ge-

ordneten Insolvenz Griechenlands das Wort geredet. Es ist müßig darüber zu spekulieren, ob sich die Eurokritiker um Schäffler durchgesetzt hätten, wenn die FDP 2009 in der Opposition verblieben wäre. In diesem Falle wäre die AfD wahrscheinlich nicht entstanden.

An der irreparablen Beschädigung von Röslers Autorität änderten auch die guten Landtagswahlergebnisse der FDP Mitte 2012 / Anfang 2013 nichts, im Gegenteil: In NRW und Schleswig-Holstein war der Erfolg hauptsächlich den beiden Spitzenkandidaten – Christian Lindner und Wolfgang Kubicki – zuzuschreiben, die sich im Wahlkampf von der Bundes-FDP ostentativ absetzten. Und Röslers eigener Landesverband Niedersachsen verdankte sein überraschend gutes Ergebnis einer bis dahin beispiellosen „Leihstimmenaktion“ von Unionswählern. Wie wenig die FDP trotzdem noch auf Rösler setzte, zeigte sich daran, dass sie dem Vorsitzenden für die Bundestagswahl Fraktionschef Brüderle als Spitzenkandidaten zur Seite stellte.

Obwohl die Umfragen den Liberalen seit Mitte 2013 einen relativ sicheren Wiedereinzug in den Bundestag verhießen, flüchtete sich die Parteispitze nach dem schwachen Ergebnis in Bayern eine Woche vor der Bundestagswahl in eine hilflos wirkende Zweitstimmenkampagne. Das Buhlen um die Unionswähler blieb diesmal allerdings erfolglos. Zum einen wussten diese, dass die Alternative zu Schwarz-Gelb im Bund nicht wie in Niedersachsen in einer rot-grünen, sondern einer Großen oder – allenfalls – schwarz-grünen Koalition bestand, Merkel also in jedem Fall Kanzlerin bleiben würde. Zum anderen war zweifelhaft, ob CDU und CSU tatsächlich so erpicht auf eine Fortsetzung der „erfolgreichsten Regierung seit der Wiedervereinigung“ waren, wie sie öffentlich bekundeten. Ihre Wahlversprechen konnten sie mit der SPD besser umsetzen. Zudem wäre eine schwarz-gelbe Regierung mit einer rot-grünen Mehrheit im Bundesrat konfrontiert gewesen.

4. Wiederaufstieg der FDP?

Dass sie nach 64 Jahren ununterbrochener Parlamentszugehörigkeit und insgesamt 45 Regierungsjahren aus dem Bundestag herausfiel, war für die FDP ein Schock. Da sich bis auf Lindner die bisherige Führungsriege aus ihren Ämtern zurückzog, konnte man die Nachfolge im Parteivorsitz rasch klären. Als einzig weiteres bekanntes Gesicht neben Lindner blieb der in ihrer Medienpräsenz stark eingeschränkten Partei zunächst nur der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Wolfgang Kubicki. Später gesellte sich der Europaabgeordnete Alexander Graf Lambsdorff dazu – ein Neffe des früheren Parteivorsitzenden und Wirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff. Marie-Agnes Strack-Zimmermann und Nicola Beer, die Lindner als stellvertretende Vorsitzende bzw. Generalsekretärin in die Führung geholt hatte, um der traditionellen Männerdominanz in der FDP entgegenzuwirken (Nentwig / Werwath 2009: 103), traten dagegen bisher kaum in Erscheinung.

Lindner kümmerte sich zunächst vorrangig um eine Verbesserung des äußeren Bildes der Partei. Der Name wurde leicht verändert – statt „FDP – Die Liberalen“ lautet er jetzt „Freie Demokraten – FDP“ –, die traditionellen Farben Gelb und Blau durch das moderne Magenta ergänzt. Anstelle des bisweilen schrillen Populismus der Westerwelle-Ära traten neue Sachlichkeit und Seriosität. Inhaltlich ist das Profil im Wesentlichen unverändert geblieben, abgesehen von einer wieder stärkeren Betonung der Bildung, wo man dem Bund mehr Gesetzgebungskompetenzen einräumen möchte, und der Bürgerrechte. Die Lindner gelegentlich unterstellten sozialliberalen Neigun-

gen finden eher in der koalitionspolitischen Öffnung der Partei Niederschlag als in einer Abkehr vom Marktliberalismus (Best 2015; Glock 2015). Letzteres ist schon deshalb unwahrscheinlich, weil das Gros der heutigen Mitglieder der FDP unter Westerwelle beigetreten ist. Bei einem zu radikalen Kurswechsel würde die Partei Gefahr laufen, dass sich der rapide Mitgliederschwund – von 72.000 am Beginn der schwarz-gelben Regierung auf 55.000 Ende 2014 – weiter beschleunigt. Keinen Zweifel aufkommen ließ Lindner an der strikten Abgrenzung zur AfD, die er nicht trotz, sondern gerade wegen des nur knapp ausgefallenen Mitgliederentscheids zugunsten der Euro-Rettungspolitik für geboten hielt.

Lindner war gut beraten, Hoffnungen auf einen raschen Wiederaufstieg zu dämpfen: Sein Erfolg oder Misserfolg werde sich erst bei der Bundestagswahl 2017 erweisen. 2014 gab es für die FDP tatsächlich nichts zu gewinnen. Bei der Europawahl zog sie mit ihren 3,4 Prozent nur dank der weggefallenen Sperrklausel mit drei Abgeordneten in das Parlament ein, bei den Landtagswahlen in Brandenburg (1,5 Prozent), Thüringen (2,5 Prozent) und Sachsen (3,8 Prozent) scheiterte sie an der Fünfprozenthürde. Die AfD schnitt hier – vor allem im Osten – deutlich besser ab. Umso mehr konnte es die FDP als Erfolg verbuchen, dass sie in Hamburg (Februar 2015) und Bremen (Mai 2015) mit 7,4 bzw. 6,6 Prozent den Einzug in die Bürgerschaften sicherstellte und die AfD dabei knapp hinter sich ließ. Ihre guten Ergebnisse hatten die Freien Demokraten hier allerdings weniger ihrem Programm als den attraktiven Spitzenkandidatinnen zu verdanken. Zum Lackmustest dürften die im Frühjahr 2016 anstehenden Wahlen in den Stammländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie der Ost-Hochburg Sachsen-Anhalt werden. Hier ist die Ausgangslage aufgrund der ausgeglicheneren Kräfteverhältnisse in den Parteiensystemen schwieriger und die Koalitionsfrage entsprechend offener. Entweder könnte die FDP als Funktionspartei im bürgerlichen Lager gebraucht werden; oder sie hätte – wenn es für Schwarz-Gelb nicht reicht und die AfD in die Landtage einzieht – in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die Möglichkeit, durch ein Ampelbündnis die populären grünen und roten Regierungschefs im Amt zu halten, statt in Opposition zu Großen oder schwarz-grünen Koalitionen mit der AfD um Aufmerksamkeit wetteifern zu müssen (Best 2016).

Eine AfD nach Vorstellung des gemäßigten Flügels um Bernd Lucke hätte für die FDP eine möglicherweise existenzbedrohende Konkurrenz dargestellt. Einerseits wäre ihr dadurch ihr Anspruch als einzige konsequent marktwirtschaftliche Partei seit der „Sozialdemokratisierung“ der CDU streitig gemacht worden. Zum anderen genießen die euroskeptischen und gesellschaftspolitisch konservativen Positionen der AfD in Teilen der FDP-Mitglieder- und Wählerschaft beachtliche Sympathien. Die Spaltung der AfD, die mit der Abwahl Luckes vom Parteivorsitz im Juli 2015 besiegelt wurde, ist für die FDP so gleich in doppelter Hinsicht eine gute Nachricht. Sie kann nicht nur ihr Alleinstellungsmerkmal in der Marktwirtschaftspolitik verteidigen bzw. zurückzugewinnen, sondern auch darauf hoffen, dass die Radikalisierung der AfD nach dem Abgang der gemäßigten Kräfte auf ihre eigenen Anhänger abschreckend wirkt. Die Chancen für die neugegründete „Allianz für Fortschritt und Aufbruch“ (ALFA) sind unter diesen Bedingungen gering. Denn wo sollte das Potenzial für eine solche politisch zwischen Rest-AfD und FDP zu verortende „Lucke-Partei“ liegen? Als Hauptproblem dürfte sich erweisen, dass den Ex-AfDlern ihr wichtigstes Thema – die Kritik an der Währungsunion – aus den Händen rinnt, ohne dass andere Themen, die eine nennenswerte Wählermobilisierung versprechen, in Sicht sind. Von der FDP könnte sie sich zwar durch eine konservative Linie in der Rechts- und Gesellschaftspolitik abheben, die sie dann aber in unmittelbarer Konkurrenz zur Rest-AfD vertreten müsste.

Eine Verdrängung der FDP durch die AfD ist nach deren Radikalisierung unwahrscheinlicher geworden. Als – laut Eigenbeschreibung – einzige Kraft, die den Einzelnen nicht klein, sondern gegenüber dem Staat groß machen will und eine optimistische Grundhaltung („German Mut“) an den Tag legt, verfügen die Freien Demokraten über genügend Alleinstellungsmerkmale, um ihren Platz im Parteiensystem zurückzuerobieren (Jesse 2014: 568 f., Patton 2015: 190). Für ihren Wiederaufstieg braucht die FDP sich also programmatisch nicht neu zu erfinden. Unter den Bedingungen der Großen Koalition dürfte schon eine etwas andere Akzentsetzung innerhalb der alten Positionen genügen. Ein Beispiel sind die steuerpolitischen Forderungen, die sie weiter radikalisiert hat (*Flat Tax*), aber nicht mehr als vordringlich betrachtet.

Nach der unpfleglichen Behandlung durch die Union in der gemeinsamen Regierung müsste es sich für die FDP eigentlich von selbst verstehen, ohne Koalitionsaussage zugunsten des einstigen Wunschpartners in die kommende Bundestagswahl zu gehen. Ob sie gegebenenfalls für eine Ampel zur Verfügung stünde, sollte sie ebenfalls offen lassen, um ihre potenzielle Wählerschaft nicht unnötig zu irritieren. Heikel könnte es für die Liberalen werden, wenn das Wahlergebnis die Neuauflage einer schwarz-gelben Koalition gestattet. In der Union wünschen sich inzwischen nicht wenige für 2017 den Umstieg von der Großen in eine schwarz-grüne Koalition. Ihnen wäre es am liebsten, wenn die FDP im Keller bleibt. Reicht es dagegen für Schwarz-Gelb, werden die Gegner von Schwarz-Grün, die in der Union vor allem in der CSU sitzen, alles tun, die FDP als neu-alten Partner zu umwerben. Könnte sich diese dem Werben widersetzen? Die Rückkehr an die Regierung aus der außerparlamentarischen Opposition heraus mit weitgehend regierungsunerfahrenem Personal käme fast einem Himmelfahrtskommando gleich. Wer es mit der FDP gut meint, sollte hoffen, dass ihr dieser Kelch erspart bleibt.

Literatur

- Baring, Arnulf (1984), Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, München.
- Best, Volker (2015), Koalitionssignale bei Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1990 bis 2012, Baden-Baden.
- Best, Volker (2016), „Dasselbe in grün“. Schwarz-Grün als funktionsäquivalentes GroKo-Substitut, in: Volker Kronenberg (Hg.), Schwarz-Grün. Erfahrungen und Perspektiven, Wiesbaden (i.E.).
- Decker, Frank (2011), Noch eine Chance für die Liberalen?, in: Berliner Republik 13 (5), S. 58-65.
- Decker, Frank (2015), Parteiendemokratie im Wandel. Beiträge zur Theorie und Empirie, Baden-Baden.
- Dittberner, Jürgen (2010), Die FDP. Geschichte, Personen, Organisationen, Perspektiven, 2. Aufl., Wiesbaden.
- Glock, Florian (2015), Die FDP in der außerparlamentarischen Opposition. Erneuerungsprozess und Regierungsperspektive, Paper auf der 26. DVPW-Tagung am 25. September 2015.
- Hein, Dieter (1985), Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945-1949, Düsseldorf.
- Jesse, Eckhard (2014), Wie geht es mit der FDP weiter?, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 63 (4), S. 563-569.
- Lösche, Peter/Franz Walter (1996), Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel, Darmstadt.
- Mollitor, Klaus (1985), Politischer Liberalismus in Deutschland. Eigenständige Kraft oder Allgemeingut?, Berlin.

- Nentwig, Teresa/Christian Werwath (2009), Die FDP. Totgesagte leben bekanntlich länger, in: Felix Butzlaff/Stine Harm/Franz Walter (Hg.), *Patt oder Gezeitenwechsel? Deutschland 2009*, S. 95-127.
- Nickel, Lutz (2005), *Dehler – Maier – Mende. Parteivorsitzende der FDP. Polarisierer – Präsident – Generaldirektor*, München.
- Niedermayer, Oskar (2015), Von der dritten Kraft zur marginalen Partei. Die FDP von 2009 bis nach der Bundestagswahl 2013, in: ders. (Hg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013*, Wiesbaden, S. 103-134.
- Patton, David F. (2015), The Prospects of the FDP in Comparative Perspective. Rest in Peace or Totgesagte leben länger?, in: *German Politics* 24 (2), S. 179-194.
- Treibel, Jan (2014) *Die FDP. Prozesse innerparteilicher Führung 2000-2012*, Baden-Baden.
- Vorländer, Hans (1999), Die FDP nach der Bundestagswahl 1998. Koalitionspartei im Wartestand; in: Oskar Niedermayer (Hg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998*, Opladen, S. 103-118.
- Vorländer, Hans (2013), Welche Koalition sichert das Überleben? Bündnisaussichten der FDP, in: Frank Decker/Eckhard Jesse (Hg.), *Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013*, Baden-Baden 2013, S. 389-404.
- Walter, Franz (2010), *Gelb oder Grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland*, Bielefeld.